

# Im eigenen Interesse

Deutschland kann von dem Einwanderungsland USA einiges lernen, meint **Stephan Richter**.

**W**enn Amerikaner und Kanadier die aktuelle deutsche Einwanderungsdiskussion betrachten, sind sie vor allem über zwei Dinge verblüfft. Erstens: das Fehlen eines wohlverstandenen wirtschaftlichen Eigeninteresses auf deutscher Seite. Und zweitens, damit eng verwoben: einen mangelnden Realitätssinn.

Dementsprechend stößt die Fixierung der deutschen Diskussion auf Flüchtlinge und Asylbewerber - bei aller auch in den US-Medien zur Schau gestellten Bewunderung - eher auf Unglauben. Diese beiden Gruppen werden sowohl in den USA wie auch in Kanada eher als „Beimischung“ im Pool der Einwanderer gesehen (und liegen dort eher im einstelligen Prozentbereich).

In den USA zum Beispiel werden Flüchtlinge zudem in den meisten Fällen auf Grundlage eines zweijährigen Selektionsprozesses über die Botschaften und Konsulate im Ausland ausgewählt. Obendrein erfolgt die Auswahl der Kategorien und bevorzugten Nationalitäten politisch sehr selektiv und unter starker Einwirkung des US-Kongresses. Amerikaner üben nicht nur gegenüber syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen große Zurückhaltung. Selbst Afghanen, die den US-Truppen treue Dienste als Übersetzer geleistet haben, wird die versprochene Aufnahme in den USA oftmals versagt, und das obwohl der Verbleib in ihrer Heimat für diese Menschen ein Überlebensrisiko mit sich bringt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass die Amerikaner den Anteil von Muslimen an ihrer Gesamtbevölkerung bei allem Gerede über eine offene Gesellschaft auf unter einem Prozent gehalten haben - weniger als ein Fünftel des Anteils in Deutschland. Das ist kein Zufall, sondern hat Methode - trotz der immer gerne gewählten völkerverbindenden Rhetorik.



PR [M]

Hinzu kommt, dass manch ein „strategischer“ Kopf in Washington es den Deutschen nicht nachgesehen hat, dass sie sich seinerzeit gegen den Irak-Krieg aussprachen. Dass sich ausgerechnet Deutschland zum Magneten für Menschen aus dem Irak und Afghanistan entpuppt, wird in der amerikanischen Hauptstadt eher als ausgleichende Gerechtigkeit empfunden.

Was die aktuelle inneramerikanische Diskussion über die Einwanderungspolitik und

-praxis des Landes anbelangt, so ist sie im Wesentlichen auf die unteren Einkommenschichten des Landes fixiert. Die allermeisten dieser Einwanderer sind Wirtschaftsflichtlinge, - vor allem aus Lateinamerika. Die „Kontingent“-Frage löst sich dabei auf eine für Deutschland undenkbare Art und Weise. Da es in den USA keine Ansprüche auf Sozialleistungen der öffentlichen Hand à la Hartz IV gibt, geht es ganz nach den Gesetzen des grauen, eher rechtsfreien Ar-

beitsmarktes zu. Soll heißen: solange denn die entsprechende Nachfrage besteht. Dementsprechend ist die Zahl der sogenannten „illegalen“ Einwanderer in den letzten Jahren mit dem Ende des US-Baubooms und der anhaltenden Wirtschaftsschwäche zurückgegangen.

Diese Art der „osmotischen“ Einwanderung ist den meisten Amerikanern traditionell willkommen. Sie garantiert ihnen niedrige Preise bei Gärtnerarbeiten, Hühnerkauf und in den Restaurants. Als Problem hat sich vor allem mit Blick auf die vielen Latinos unter den legalen Einwanderern erwiesen, dass diese einerseits ausbildungsbedingt zumeist Jobs mit niedrigem Produktivitätsprofil haben und andererseits die Präferenz der amerikanischen Einwanderungspolitik traditionell auf der Familienzusammenführung liegt. Letzteres führt dazu, dass diese Bevölkerungskomponente tendenziell weiter anwächst.

Über das Ziel der Einwanderungspolitik ist man sich in den USA weitgehend einig. Es gilt zum einen, der Überalterung der Gesellschaft infolge all der in Ruhestand gehenden Babyboomer entgegenzuwirken (und damit die Renten zu sichern). Zum anderen geht es um die Aufrechterhaltung eines dynamischen Wirtschaftswachstums.

Und im wohl signifikantesten Unterschied zu Deutschland ist allgemein anerkannt, dass die Integration vornehmlich über den Arbeitsplatz erfolgt. Die Essenz der Lehre aus den USA, gleich ob mit Blick auf Flüchtlinge oder sonstige Migranten, ist die folgende: Nur wer sich einpasst und sich ein wirtschaftliches Auskommen verschafft, hat in den USA eine reale Bleibeperspektive. Eine „soziale Hängematte“ gibt es seit den Tagen Bill Clintons nicht einmal mehr für arme Amerikaner, von Flüchtlingen ganz zu schweigen.

**Der Autor ist Kolumnist und lebt in den USA.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

ANZEIGE

## Der Handelsblatt Digitalpass. Jetzt 4 Wochen kostenlos testen.

**Vorteilspreis:** Handelsblatt Abonnenten lesen 4 Wochen gratis und danach für nur € 6,99 im Monat.

[angebot.handelsblatt.com/digitalpass](http://angebot.handelsblatt.com/digitalpass)

Dies ist ein Angebot der Handelsblatt GmbH, Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf.



**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

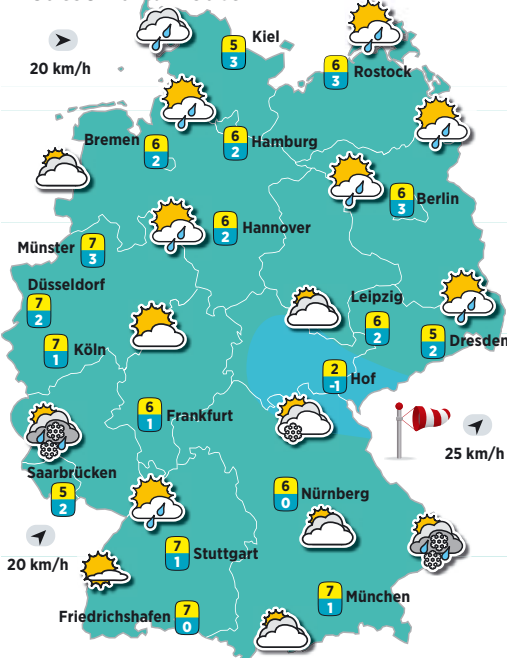
### BUSINESS-WETTER 11.02.

**HEUTE:** Bei wechselnder Bewölkung verbreitet Schauer.

Am **VORMITTAG** im Norden und Nordosten bewölkt und immer wieder Regen-, Schneeregen- und Graupelschauer, die in Küstennähe sogar gewittrig ausfallen können. Je weiter man nach Süden kommt desto freundlicher wird es. -- **IM TAGESVERLAUF** kann sich vor allem vom Schwarzwald bis zu den Bayerischen Alpen immer öfter die Sonne zeigen. -- Der **WIND** bläst recht lebhaft, in den Mittelgebirgen kräftig aus Südwest. -- In der **NACHT** im Norden weitere Regen-, mitunter auch Schneeschauer.

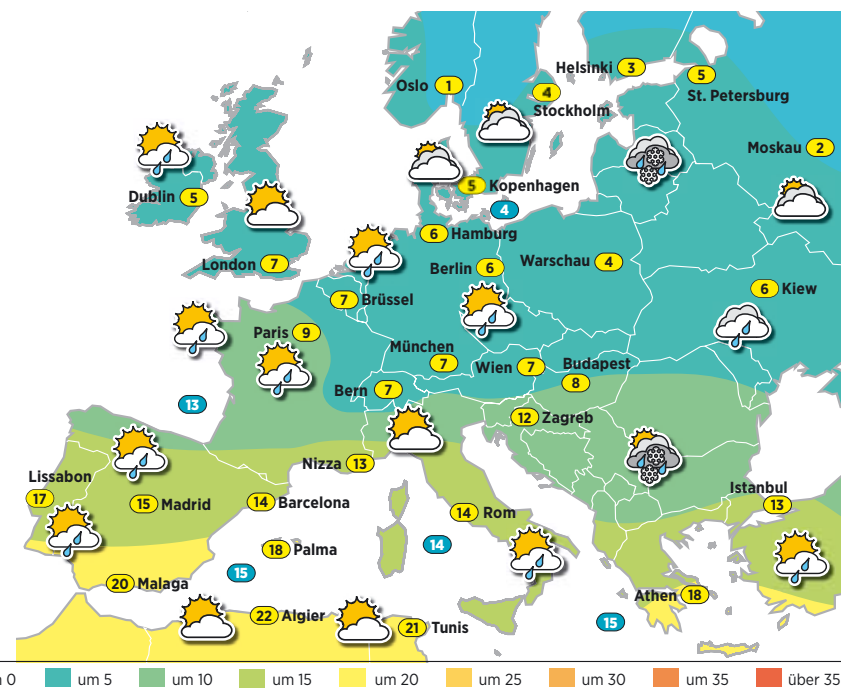
Aussichten	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Norden	-1° 6°	-1° 6°	0° 5°
Mitte	-3° 6°	-1° 3°	-1° 5°
Süden	0° 7°	0° 7°	2° 10°

### Deutschland heute



### Welt

Amsterdam	6°
Bangkok	35°
Buenos Aires	32°
Chicago	-3°
Genf	7°
Hongkong	25°
Johannesburg	29°
Kairo	21°
Kapstadt	28°
Los Angeles	30°
Mailand	9°
Manila	32°
Mexiko Stadt	21°
Miami	21°
New York	3°
Peking	9°
Prag	7°
Stockholm	4°
Tokio	11°
Washington	2°
Wien	7°
Zürich	6°



Handelsblatt | Mehr Wetter unter [www.handelsblatt.com/wetter](http://www.handelsblatt.com/wetter) | Quelle: [wetter-deutschland.com](http://wetter-deutschland.com)